

Beiträge für den Straßenausbau vorerst vom Tisch

Keine Empfehlung im Fachausschuss / Vor den Kommunalwahlen kein Thema mehr

Obernkirchen. Mit Entscheidungen, die Bürger weiter belasten, lassen sich in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit keine Meriten verdienen. Sie ähneln eher einem Findelkind, für das sich kein Vater findet. Diesen Eindruck vermittelte die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Organisation und Personal der Stadt Obernkirchen am Montagabend, bei der ein weiteres Mal die wenig beliebte Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen erörtert wurde.

Die Mehrheitsgruppe „Mitte“ und auch die Sozialdemokraten hatten einen Beschlussvorschlag der Verwaltung vorliegen, in dem es unter anderem um die Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe geht. Sie sollte sich mit Modellrechnungen für verschiedene Straßenzüge befassen, die von der Verwaltung erstellt werden, und dann einen Ratsbeschluss vorbereiten. Weder das eine noch das andere kommt jetzt zustande. Das „Findelkind“ landet bis auf weiteres in der Krippe. In diesem Fall ist es die Schublade der Verwaltung für Unerledigtes. Zur Klärung einer Vaterschaft kommt es frühestens nach den Kommunalwahlen im Jahre 2006 – wenn überhaupt.

Die Sprecherin der Gruppe „Mitte“, Beate Krantz, bekannte während der Sitzung des zuständigen Fachausschusses ohne Umschweife, dass sie in ihren Reihen für dieses Anliegen zurzeit keine Mehrheit findet. Die Belastung der Bürger sei ohnehin groß genug. Rosemarie Fichtner von der SPD entgegnete darauf: „Wenn ihr keine Mehrheit zusammenbekommt, sind wir auch nicht dabei. Das muss von uns allen getragen werden, sonst hat es keinen Zweck, das anzupacken.“

Bürgermeister Horst Sassenberg wies darauf hin, dass die Niedersächsische Gemeindeordnung eine solche Beitragspflicht für den Ausbau von Gemeindestraßen nicht vorschreibe. Was da auf die Anlieger zukäme, wäre kein Pappentier. „Gibt es da nicht andere Wege, um einen Investitionsstau in diesem Bereich zu verhindern?“, fragte er in die Runde. Das Stadtoberhaupt hielt einen Vorschlag bereit: „Wie wäre es denn mit einer Anhebung der Grundsteuer B? Das würde alle Bürger gleichmäßig belasten.“ Stadtdirektor Wilhelm Mevert schloss eine solche Möglichkeit nicht aus, gab aber zu bedenken, dass man auf diese Weise zwar das städtische Haushaltsdefizit verringere, damit aber noch keine „freie Spitze“ für den Straßenbau im Vermögenshaushalt gewinnen würde. Auch Stadtkämmerer Wolfgang Seele ließ durchblicken, dass es nicht so ganz einfach sei, auf diese Weise gezielt Rücklagen für den angestrebten Zweck zu bilden. Es müsse sich zumindest erst einmal eine „freie Spitze“ oberhalb der vorgegebenen und notwendigen jährlichen Schuldentilgung ergeben.

Der Ausschussvorsitzende Thomas Stübke und Sassenberg enthielten sich bei der folgenden Abstimmung. Alle anderen Ausschussmitglieder stimmten gegen eine weitere Behandlung des Themas. Es gibt also vorerst keine interfraktionelle Arbeitsgruppe, aber auch keine Empfehlung an den Verwaltungsausschuss und an den Rat.

Stadtdirektor Mevert, der vor einem erheblichen Investitionsstau bei der Sanierung der Gemeindestraßen in den nächsten sechs bis sieben Jahren gewarnt hatte, betonte danach, dass durch die Abstimmung keine endgültige Entscheidung zu diesem Thema getroffen worden sei. Die Verwaltung könne die Straßenbeitragssatzung jederzeit wieder auf den Tisch legen. Niemand glaubt aber mehr daran, dass das noch vor den nächsten Kommunalwahlen der Fall sein wird. sig